

From Kufner Rundscheid

Im grünen Tal

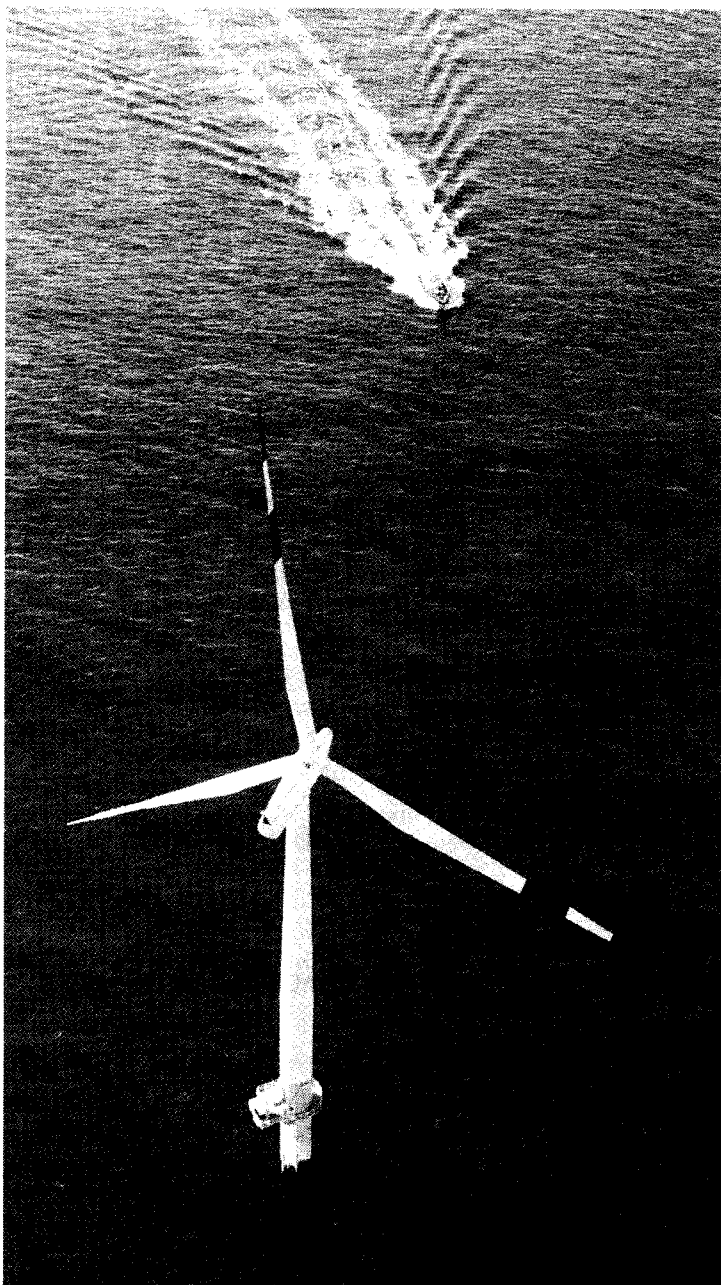
Öko-Strom-Branche steckt in großer Krise und muss um verlorenes Vertrauen werben

Von Jakob Schlandt

Es ist spät geworden im etwas schäbigen Hotel Maritim in der Berliner Friedrichstraße, eine Menge Bio-Huhn und noch mehr ganz normales Bier sind verteilt. Der Neujahrsempfang des Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE) ist das schönste und lebendigste Fest der Branche, weil alle da sind: die kleinen Biogaskraftwerker, die großen Solar-Könige, die wunderlichen Wissenschaftler. Wer auf die einzelnen Stimmen hört, bemerkt, dass die Branche verunsichert ist wie noch nie. Es ist kurz vor Mitternacht am Montag, als Hermann Albers, der Chef des einflussreichen Windenergieverbandes BWE, darum gebeten wird, zu sagen, ob die Öko-Stromer ganz unten angekommen sind in der öffentlichen Wahrnehmung. Albers sagt: „Noch nicht ganz unten. Aber fast. Es geht erst noch ein Stückchen runter, bis es wieder bergauf geht.“

Die Öko-Energie-Branche steckt in ihrer ersten großen Krise. Vor zwei Jahren prägten noch Macho-Sprüche die Branche. Leisen Mahnern, die warnten, die Erwartungen seien überzogen und die falschen Techniken bekämen das meiste Geld, wurde entgegnet: „Warum sollen wir auf der Überholspur den Fuß vom Gas nehmen?“ Der Windkraftverband war zwar schon immer zurückhaltender, aber so defensiv hat man auch Albers bislang nicht erlebt: „Bedingungsloses Wachstum kann es nicht mehr geben, sondern es muss alles eine konzeptionelle Grundlage haben“, sagt er.

Bedingungsloses Wachstum: Damit meint Albers wohl vor allem das Photovoltaik-Desaster des Jahres 2010. Es wurde ein vielfaches der geplanten Menge gebaut, weil die Preise stark fielen und die Solarlobby im Zusammenspiel mit willigen und ahnungslosen Politikern eine starke Absenkung der Subventionen verhinderte. Im Oktober wurde dann bekanntgegeben, dass seit Januar nun 3,5 statt zwei Cent pro Kilowattstunde von den Verbrauchern für die



Nicht einmal die Windmüller sind zufrieden.

DDP

bereits gebauten Öko-Strom-Anlagen gezahlt werden müssen – zum Jahreswechsel stiegen die Strompreise dann sprunghaft an.

Dass in der Rechnung der preissenkende Börseneffekt unberücksichtigt bleibt und die Umlage rechnerisch zu hoch angesetzt ist, spielte in der öffentlichen Debatte kaum eine Rolle. An der Tatsache, dass die Erneuerbaren

als Preistreiber wahrgenommen werden, ändert es ohnehin nichts.

Aufgeschreckt wurde die Branche insbesondere durch eine Umfrage, nach der nur noch knapp die Hälfte der Bürger ist bereit, für die Förderung der erneuerbaren Energien höhere Strompreise in Kauf zu nehmen. Auch in der Politik hat der Wind gedreht: Selbst bei Grünen und SPD fühlt man

sich von der Solarlobby auf den Leim gelockt – und spart hinter den Kulissen nicht mit Kritik. Über vier Cent, so heißt es von vielen Seiten, dürfe die EEG-Umlage in absehbarer Zeit auf keinen Fall steigen. Das lässt nur noch wenig Spielraum für neue Öko-Kraftwerke.

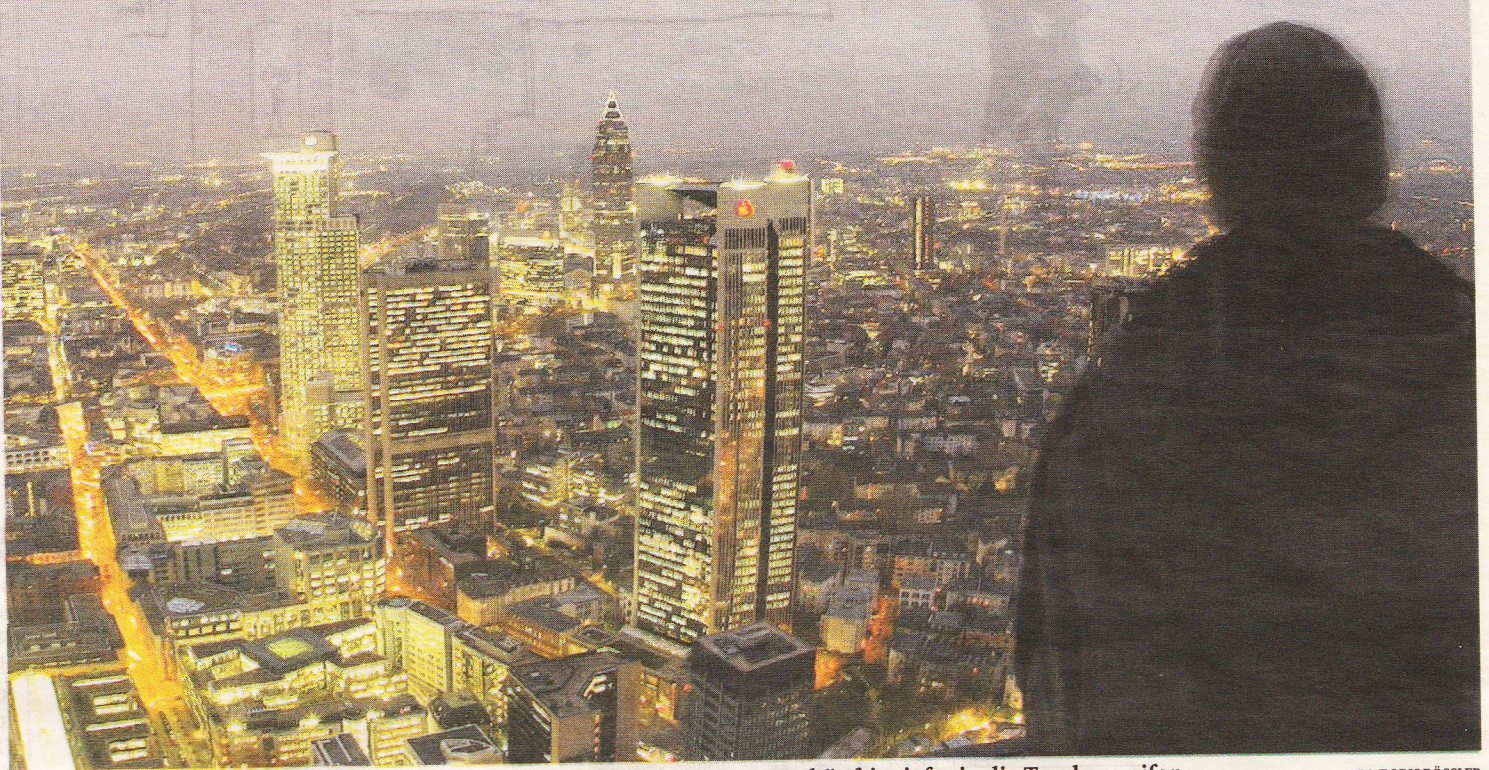
Nicht einmal das aktuelle Geschäft läuft gut. Der Photovoltaik-Markt in Deutschland wird einbrechen, wenn auch vermutlich erst 2012. Die chinesische Konkurrenz ist übermächtig geworden. Sogar die erfolgsverwöhnten Windmüller haben es schwer. Mehrere Hersteller haben zuletzt schlechte Zahlen vorgelegt. In Deutschland ist der Bau neuer Anlagen 2010 auf den niedrigsten Stand seit zehn Jahren gefallen.

Gefahr aus Brüssel

Schuld daran ist natürlich auch Schwarz-Gelb. Während die Exzesse bei der Solarförderung nicht effektiv begrenzt wurden, stellten Union und FDP viele andere Weichen falsch: Die Laufzeitverlängerung für die Kernkraftwerke raubt den Erneuerbaren Platz bei der Stromerzeugung und in den Stromnetzen. Die Windkraft an Land wird in Süddeutschland vernachlässigt, Anreize für Gebäudesanierung und erneuerbare Wärmeerzeugung wurden gekappt. Im Leitungs- und Speicherausbau tut sich kaum etwas.

Nun droht auch noch Gefahr aus Brüssel. Energie-Kommissar Günther Oettinger ist angereist, um für seine Vision eines einheitlichen europäischen Strommarkts zu werben. Davon, so fürchten fast alle im Publikum, würden nur die Großkonzerne profitieren. „Der Mittelstand stirbt“, ruft ein Mann im Publikum.

Die nächste große Frage der Energiewende wird sein, ob man weiter auf kleine, dezentrale Erzeugung oder großtechnische Lösungen setzt. Für viele in der Öko-Strom-Wirtschaft wird das ein Existenzkampf. Er kann wohl nur gewonnen werden, wenn das früher sehr hohe Vertrauen der Politik zurückgewonnen wird.



Nächtliches Frankfurt: Verbraucher, die Festbeleuchtung wollen, müssen künftig tiefer in die Tasche greifen.

DPA/BORIS RÖSSLER

Öko-Strom-Kosten steigen weiter

Verbraucher zahlen Zeche für Bevorzugung der Industrie und besonders teurer Techniken

Von Jakob Schlandt

JÄHRLICH ZUM RAPPORT

Bundeskanzlerin Angela Merkel war sich Anfang Juni bei einer Rede zur Energiewende im Bundestag ihrer Sache sicher. Die Kostenbelastung durch erneuerbaren Stromquellen „soll nicht über ihre heutige Größenordnung steigen“, versprach sie – also nicht weit über die 3,53 Cent pro Kilowattstunde, die dieses Jahr fällig sind. Für 2012 hat Merkel ihr Ziel erreicht, die Umlage steigt kaum, weil sie zuvor zu hoch angesetzt war. Der Satz liegt bei 3,59 Cent.

Doch 2013 droht den deutschen Verbrauchern ein dicker Zuschlag für den Öko-Strom. Die dafür zuständigen Betreiber der Übertragungsnetze haben am Dienstag eine Prognose veröffentlicht, nach der die Umlage für Ökostrom 2013 zwischen 3,66 und 4,74 Cent pro Kilowattstunde betragen wird. In gut unterrichteten Kreisen hieß es, wahrscheinlich werde die Umlage wohl nahe der Mitte bei etwa 4,2 Cent liegen, allerdings mit einer Schwankungsbreite. Einschließlich Mehrwertsteuer stiege die Belastung für einen Drei-Personen-Haushalt (3500 Kilowattstunden Verbrauch pro Jahr) durch die Einspeisung von Öko-Strom demnach von 147 Euro auf 175 Euro.

Warum steigen die Öko-Strom-Kosten so stark? Zum einen, weil der Bau grüner Kraftwerke munter weitergeht. Nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erhalten die Betreiber einen auf 20 Jahre festgeschriebene Vergütung für ihren Strom. Jedes Jahr kom-

Verwaltet: Die Betreiber der Höchstspannungsleitungen setzen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) um: Sie müssen den Öko-Strom aus Solar-, Wind- und Biomassekraftwerken ins Netz aufnehmen und an der Börse verkaufen. Die Differenz zwischen hoher EEG-Zahlung und Börsenpreis stellen sie dann allen Stromverbrauchern (mit Ausnahme für die Industrie) in Rechnung.

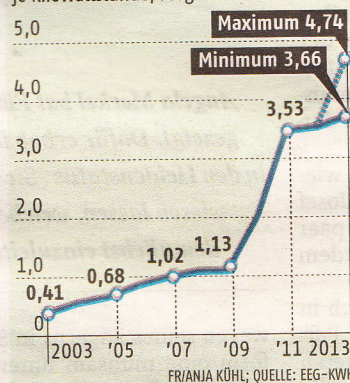
Verpflichtet: Die vier Netzbetreiber (50Hertz, Amprion, Tennet, EnBW) sind verpflichtet, einmal pro Jahr eine Prognose zu veröffentlichen, wie sich die EEG-Kosten in den kommenden fünf Jahren entwickeln. Für übernächstes Jahr, also 2013, machen sie besonders genaue Angaben.

men neue Anlagen hinzu., wodurch wiederum die Summe der Vergütungen steigt. 2013 müssen laut dem wahrscheinlichsten Szenario insgesamt 18 Milliarden Euro an die Anlagenbetreiber überwiesen werden, rechnet man die staatlich geförderte Direktvermarktung mit ein. 2016 sollen es 23,2 Milliarden sein. Dem stehen Erlöse für den Verkauf des Ökostroms an der Börse gegenüber, die etwa ein Viertel so hoch sind. Die Differenz zahlen die Verbraucher per EEG-Umlage.

Besonders die Photovoltaik stand zuletzt als Kostentreiber in der Kritik. Derzeit erhält sie knapp die Hälfte der EEG-Zahlungen, erzeugt aber nur gut 17 Prozent des EEG-Stroms. Auch Biomasse-Kraftwerke haben die Öko-

Kosten erneuerbarer Energie

Umlage für private Haushalte nach dem erneuerbaren Energiegesetz (EEG), in Cent je Kilowattstunde, Prognose für 2013



Strom-Kosten zuletzt massiv nach oben getrieben.

Verbraucherschützer fordern deshalb, sich auf die günstigeren Techniken zu konzentrieren. „Die Windkraft an Land ist kaum teurer als Strom aus fossilen Kraftwerken, sie muss mit klaren und regionalen Ausbauzielen gefördert werden“, sagte Holger Krawinkel, Energieexperte des Bundesverbandes der Verbraucherschutzzentralen (VZBV). Die Solar-Förderung solle dagegen drastisch sinken oder die Zahl neuer Anlagen begrenzt werden. Auch bei der Förderung von Windrädern auf hoher See (offshore) müsse über eine Kürzung der Förderung nachgedacht werden. „Dort bahnt sich die nächste große Kostenwelle an“, warnte er.

Doch der Bau neuer Anlagen macht nur einen Teil des zu erwartenden Preisanstiegs aus. Die Befreiung weiter Teile der Industrie von der EEG-Umlage hat zur Folge, dass Gewerbe und Privatverbraucher dafür immer mehr bezahlen müssen. „Nicht der Bau neuer Anlagen, sondern die Privilegien der Industrie sind der wahre Preistreiber“, sagte ein Sprecher des Bundesverbands Erneuerbare Energien (BEE). Knapp 600 energieintensive Unternehmen sind derzeit quasi vollständig vom EEG befreit. 2013 wird durch eine Lockerung der Kriterien dieser Kreis um etwa das Zehnfache größer, wird von Industrieverbänden geschätzt. Um deutlich mehr als einen Cent könnte die EEG-Umlage sinken, wenn die Industrie-Befreiung abgeschafft würde.

Die Gründe für die steigenden Öko-Strom-Kosten sind also vielfältig, zum Teil von der Regierungskoalition verschuldet und haben nur am Rande mit der Frage zu tun, ob die Klima- und Energieziele der Regierung erreicht werden.

Merkel, die ihr Versprechen brechen wird, droht deshalb Ungemach aus dem eigenen Lager. Von einer „alarmierenden Entwicklung“ sprachen am Dienstag Michael Fuchs und Joachim Pfeiffer (beide CDU), Vizechef beziehungsweise wirtschaftspolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag. Allerdings: Die beiden haben auch maßgeblich dabei mitgeholfen, die Ausnahmeregelungen für die Industrie zu erweitern.

Die Stromverteiler

Wie Tennet mit Energie aus Atommeilern, Windparks und der „Kaltreserve“ jongliert

Von Joachim Wille

LEHRT. Aus, vorbei, endgültig heruntergefahren. Fukushima hat sie abgeschaltet. Krümmel liefert „null“ Megawatt Strom, Isar 1 ebenso. Bei Unterweser meldet das Display „-9“. Drei Bildschirme stehen auf dem zentralen Arbeitsplatz im Schaltraum. Der mittlere zeigt gerade, wo die Elektrizität für das Stromnetz herkommt, das von der Nordseeküste bis zu den Alpen reicht. Die anderen, wohin der Strom in welcher Menge fließt, wo er verbraucht wird. Die Kürzel und Ziffern bedeuten: Die Atomkraftwerke Krümmel und Isar 1 liefern keine Elektrizität, und das AKW Unterweser verbraucht sogar welche.

„Bis jetzt hat es gut geklappt – auch wenn es manchmal etwas stressig ist“, sagt Martin B. Es gab keinen Blackout, auch jetzt nicht, im Winter, wo der Stromverbrauch Spitzenwerte erreicht. Zumindest bisher. Der Mittvierziger, Schaltungingenieur von Beruf, sitzt jeden Tag acht Stunden vor den drei Bildschirmen, die ihm den Überblick über die Stromflüsse im Höchstspannungsnetz des Betreibers Tennet geben. Es ist ein Schichtdienst, der volle Konzentration erfordert – besonders, seit die Bundesregierung im letzten März nach dem Super-GAU in Japan auf einen Schlag 8 der 17 deutschen Atommeiler abschalten ließ und immer mehr Wind- und Solarstrom in stark schwankenden Mengen eingespeist wird.

Doch B. – er arbeitet schon seit 16 Jahren in der Schaltzentrale in Lehrte bei Hannover – nimmt es gelassen. Ja, er sagt sogar: „Der Job ist interessanter geworden.“ Und: „Wir haben uns gut auf die neue Lage vorbereitet.“

B. und sein Kollegen in der Schaltleitung müssen mit einem zunehmend komplexen System jonglieren. Der mittlere Bildschirm zeigt die klassische Kraftwerkshierarchie: Die obersten zwei Reihen gehören den AKW, die wie Spinnen im früher auf sie ausgerichteten Netz sitzen, von denen aber nur noch vier Strom ins Tennet-Netz liefern. Zuletzt

In Deutschland gibt es vier Betreiber der „Strom-Autobahnen“, als die man das Höchstspannungsnetz – betrieben mit 220 000 und 380 000 Volt – auch bezeichnet: Tennet, Amprion, 50Hertz und EnBW. Es hat derzeit eine Länge von knapp 36 000 Kilometern.

Um rund zehn Prozent soll das Übertragungsnetz ausgebaut werden, um die Anforderungen der wachsenden Ökostrom-Einspeisung zu erfüllen. Windstrom aus Norddeutschland könnte dann leichter in den Süden transportiert werden. Allerdings gibt es vielerorts Widerstände gegen den Trassenbau. Erst rund 80 Kilometer sind fertig.

waren es sechs gewesen. Darunter finden sich die konventionellen Kraftwerke – Kohle, Erdgas, Heizöl. Zuletzt noch die Wasserkraftanlagen und die Pumpspeicher.

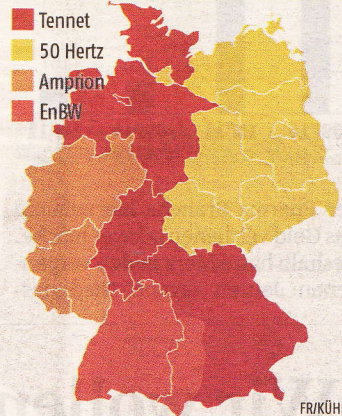
Doch seit rund zehn Jahren ändert sich das Tableau zunehmend. Die fluktuierenden Öko-Quellen sind in solchen Mengen hinzugekommen, dass sie volle Aufmerksamkeit brauchen. Zuerst Wind, dann Biogas, zuletzt Solar. Im Netz von Tennet, dem größten der vier deutschen Netzbetreiber, findet man die ganze Palette – vom ersten Offshore-Windpark „Alpha Ventus“ 40 Kilometer vor der Nordseeküste bis zum Solarstrom-Eldorado im vergleichsweise sonnenreichen Bayern.

Der Atomausstieg im letzten Frühjahr stellte die Stromnetzbetreiber vor eine neue Herausforderung. „Das ging auf einen Schlag“, sagt Peter Hoffmann, der Leiter der Netzführung bei Tennet. „Plötzlich wurden acht Säulen der Energieversorgung weggezogen.“ Besonders kritisch drohte die Lage im Winter in Süddeutschland zu werden. Fünf der acht stillgelegten Alt-AKW stehen in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Hoffmann: „Bayern und Baden-Württemberg wurden auf einmal Stromimport-Länder.“ Tennet und Co. waren gefordert.

Ein Blackout im Winter schien nach den von Tennet und den anderen Netzbetreibern angestell-

STROMNETZE

Stromnetze Gebietsaufteilung



ten Szenarien nicht ausgeschlossen. Der Netzchef beschreibt eines davon: Ein sehr kalter Tag Ende Dezember, wenig Wind, also kaum Windkraft-Einspeisung, es ist kurz vor 17 Uhr, die Industrie arbeitet noch voll, und die Leistung der Solaranlagen sinkt wegen der frühen Dunkelheit gegen Null. Hoffmann: „Dann weitere Kraftwerksausfälle, und es hätte unter Umständen knallen können.“ Der bisher milde Winter habe geholfen. „Den wirklichen Härtefall hatten wir noch nicht.“

Erst einmal hat Tennet ein betagtes Öl-Kraftwerk bei Graz hinzuschalten müssen

Erst einmal hat Tennet – als einzige der vier Netzfirmer – die „Kaltreserve“ benutzt, die für Notfälle bereitsteht. Es handelt sich dabei um eigentlich schon eingemottete Kohle-, Gas- und Öl-Kraftwerke in Süddeutschland und im ans Tennet-Netz gut angebundenen Österreich, die als Standby von der Bundesnetzagentur ausgewählt wurden. Eine Art Anti-Blackout-Versicherung.

Eingesetzt wurde sie am 8. Dezember. Auf Tennet-Anweisung warfen die Betreiber ein betagtes Öl-Kraftwerk bei Graz an. Der Grund dafür: Prognosen vom Vortag zum erwarteten Stromverbrauch, zur Wind- und Solar-

strom-Leistung sowie der Ausfall eines Blocks des bayerischen AKW Gundremmingen hatten bei dem Netzbetreiber die Alarmglocken schrillen lassen. Freilich war es nicht zu wenig Windstrom, der Probleme zu machen drohte. Es war das exakte Gegenteil.

Sturmtief „Ekkehard“ brachte die norddeutschen Windrotoren am 8. und 9. Dezember so in Schwung, dass sie rund 20 000 Megawatt Strom einspeisten. Zum Vergleich: Das ist knapp doppelt so viel wie die noch übrig gebliebenen neun AKW zusammen leisten. Die Preise für den überreichlichen Windstrom purzelten, und es fanden sich Stromversorger etwa in Italien als Käufer. Die deutschen Nord-Süd-Hochspannungstrassen aber hätten nicht ausgereicht, um sowohl den Exportstrom als auch noch große zusätzliche Mengen für die süddeutschen Verbraucher zu transportieren. „Dafür sind sie nicht ausgelegt“, erläutert ein Experte.

Tennet hätte den Export theoretisch stoppen können, um den Windstrom in die süddeutschen Verteilnetze zu schicken. Aber dann hätte es Vertragsstrafen in Millionenhöhe gesetzt. Netzchef Hoffmann: „Wir sind verpflichtet, den Strom durchzuleiten.“ Das Grazer Kraftwerk anzuwerfen, war die naheliegende, die weitaus billigere Lösung. Dass die Sache später Schlagzeilen wie „Österreich rettet deutsche Stromversorgung“ produzierte, hält der Netzchef für „völlig überspitzt“.

Hoffmann vermittelt ohnehin nicht den Eindruck, die neue Lage mache ihn besonders nervös. Das Risiko von Netzstörungen sei zwar größer geworden, aber es gebe „keine dramatische Unterdeckung“. Er könne „gut schlafen“, sagt Hoffmann. Und wenn es denn wider Erwarten doch einmal richtig kritisch werde, könne auch ein „Brownout“ den Netz-GAU noch verhindern. Was das heißt? Stundenweise Strom-Ab-schaltung in einzelnen Stadtteilen zum Beispiel. „Und dazu Appelle an die Bürger, die Spülmaschine und die Waschmaschine nicht anzustellen.“

Nutzloser Geldregen

FR 31-01-2012

Vermarktung von Öko-Strom an der Börse bringt nichts – außer Kosten für Verbraucher

Von Jakob Schlandt

Durch eine völlig falsche Einschätzung des Energiemarkts schenkt die Bundesregierung den Betreibern von Öko-Kraftwerken dieses Jahr Hunderte Millionen Euro – und die Kosten müssen die Stromverbraucher tragen. Zum Jahreswechsel hatte die Bundesregierung die sogenannte Marktprämie für erneuerbare Energien eingeführt. Dadurch sollen Grünstromkraftwerke an die Strombörse gedrängt werden. Doch das Instrument erweist sich als teuer und völlig nutzlos.

Worum geht es genau? Die Betreiber der Anlagen, hauptsächlich von Windrädern, können sich nun jeden Monat entscheiden, ob sie ihren Strom wie gewohnt für einen Festpreis ins Netz einspeisen. Die Vergütungshöhe regelt das Erneuerbare-Energien-Gesetz, und bezahlt wird der Strom dann über eine Umlage von den Verbrauchern. Oder, das ist neu, sie können den Strom selbst an die Börse bringen, wo sie in der Regel weniger Geld bekommen. Die Differenz zum EEG-Satz wird ihnen allerdings ausgeglichen – und obendrauf gibt es noch eine sogenannte Marktprämie.

Mitnahmeeffekt

Sie beträgt zum Beispiel für Windstrom dieses Jahr 1,2 Cent. Ein happiger Aufschlag, denn für Windräder gibt es laut EEG etwa acht Cent pro Kilowattstunde. Das Problem an der Sache ist allerdings, dass die Prämie so gut wie keine Steuerungswirkung hat. Die Windmüller können den Wind nicht an- oder abstellen – sie produzieren immer dann, wenn das Wetter es erlaubt, ganz unabhängig vom Börsenpreis. Genau so verhält es sich bei Solaranlagen. Die Marktprämie entpuppt sich deshalb in der Realität als Luftnummer, die lediglich eine Integration der Erneuerbaren in den Energiemarkt vorspielt. Der Preis dafür ist allerdings hoch. Auf die Marktprämie hat ein regelrechter Ansturm eingesetzt. Nach den neusten Zahlen der Stromnetzbetreiber wurden bereits für diesen Februar Prämien für Anlagen mit einer Leistung von 17000 Megawatt beantragt – das ist rund die Hälfte der deutschen Windräder. Zum Start im Januar waren es 13500 Megawatt. In der Branche wird erwar-



Mit grünem Strom lässt sich in Deutschland gut Geld machen. DAPD

tet, dass bald fast alle Windräder die Marktprämie in Anspruch nehmen und den Bonus kassieren. Der Stromvermarkter Statkraft zum Beispiel lockt die Betreiber von Windrädern derzeit mit folgender Werbung: „Sichern Sie sich Erträge über dem EEG-Niveau – ganz ohne Risiko.“

Mehr Geld ohne Risiko für die Stromwirtschaft – für die Stromverbraucher bedeutet das enorme Zusatzkosten. Das räumt selbst die Bundesregierung ein. Auf eine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Hans-Josef Fell hieß es jetzt, die erwarteten Mehrkosten von 200 Millionen Euro pro Jahr könnten überschritten werden. Der hohe Anspruch bereits im Januar lasse erwarten, dass die „tatsächlichen Mehrkosten im Vergleich zu den ursprünglich prognostizierten Werten ansteigen“.

Negative Spotpreise

Energiekonzern RWE schätzt den Effekt auf 500 Millionen Euro pro Jahr. Angesichts des massiven Zustroms, der sich abzeichnet, ist es nach Ansicht von Hans-Josef Fell jedoch möglich, dass es mehr wird. „Wir gehen davon aus, dass die völlig unnütze Marktprämie sogar noch höhere Kosten verursachen könnte“, sagte er der Frankfurter Rundschau. „Die als Placebo für die Neoliberalen gedachte Marktprämie wird zum Desaster für die Stromkunden, die sie letztlich bezahlen müssen.“ Steuert die Marktprämie die Anlagen wenigstens so, dass die Stromnetze entlastet werden? Auch davon ist nichts zu spüren. In einer RWE-Präsentation, die der FR vorliegt, heißt es: „Die Marktintegration der Erneuerbaren wird verfehlt“. Trotz der Marktprämie träten negative Spotpreise an der Strombörse auf, die nur bei einem massiven Überangebot entstehen. Das RWE-Fazit: „Keine Integrationswirkung erkennbar.“ In der Antwort an Fell schreibt das Umweltministerium, die Marktprämie zu beobachten und gegebenenfalls nachzujustieren.

Es ist ein Debakel mit Ansage. Selbst die Profiteure der Marktprämie hatten gewarnt, sie werde zu Mitnahmeeffekten führen. Der Bundesverband Erneuerbare Energie, hinter dem viele Öko-Kraftwerksbetreiber stehen, schrieb schon im Juni, die Marktprämie verursache nur Mehrkosten in Millionenhöhe. Doch die Regierung blieb stur.

Händler tricksen mit Strompreis

Profitgier sorgte im Winter
für Versorgungs-Engpässe

Von Jakob Schlandt

Wer für den Weiterbetrieb für Atomkraftwerke ist, bekam diesen Winter scheinbar gute Argumente geliefert: Mehrmals mussten Notkraftwerke in Deutschland und Österreich in Betrieb gehen, um ausreichend Reserven für die deutsche Stromversorgung sicherzustellen. Die Energiewende nach Fukushima, so die weit verbreitete Meinung unter Skeptikern, führe dazu, dass die deutsche Stromversorgung gefährlich nahe an die Belastungsgrenze gerate. Recherchen der FR haben ergeben, dass vermutlich ein ganz anderer Grund ausschlaggebend dafür war, dass es während der kältesten Tage des Winters außergewöhnlich knapp wurde im deutschen Stromnetz: zockende Händler.

Einem Brief der Bundesnetzagentur zufolge bestellten sie viel weniger Strom bei Kraftwerken, als eigentlich von ihren Kunden benötigt wurde. Ihre Prognosen über den Verbrauch lagen weit unter den tatsächlich benötigten Mengen. Der Strom musste dann aus der Notreserve aufgefüllt werden, die zeitweise quasi auf null sank. Das hätte im Falle einer großen Störung, zum Beispiel dem Ausfall eines Großkraftwerks, möglicherweise zu gewaltigen Stromausfällen führen können.

Warum lagen die Stromhändler so daneben? Die Bundesnetzagentur untersucht den Fall und möchte sich noch kein abschließendes Urteil erlauben. Doch eingeweite Händler berichteten, es gehe um Profitgier. Weil die Strompreise so außergewöhnlich hoch waren, war es zeitweise günstiger, die Reserveleistung, die eigentlich für Notfälle da ist, in Anspruch zu nehmen und den Netzbetreibern einfach falsche Zahlen über den Verbrauch der eigenen Kunden zu liefern. Das ist illegal, aber nur schwer nachweisbar. Den Stromzockern drohen Konsequenzen: Die Netzagentur will gegebenenfalls mit einem behördlichen Aufsichtsverfahren gegen sie vorgehen. Seite 12



4 199074 201706

4 0007

Fra
60
Tel

Tief in der Sackgasse

Regierung und Opposition reden über Altmaiers Strombremse. Von einer Einigung sind sie weit entfernt

Von Karl Doemens

Im Kalender steht „Valentinstag“. Doch zu einer großen Verbrüderung von Regierung und Opposition wird es kaum kommen, wenn am Donnerstag Vertreter von Bund und Ländern über mögliche Entlastungen der Verbraucher bei den Strompreisen beraten. In den Kernfragen liegen die Positionen unverändert weit auseinander. „Die Höflichkeit gebietet es, zu einem solchen Termin hinzugehen“, erklärte Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin am Dienstag. Doch habe er große Zweifel, ob man zu einer Verständigung kommen könne. „Es gibt keine abgestimmte Position der Bundesregierung. Also wird das ein unverbundlicher Meinungs-austausch bleiben“, sagte auch SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil der Frankfurter Rundschau.

Grüne legen eigenen Plan vor

Zwei Wochen nach der Vorlage seiner Vorschläge für eine Strompreisbremse hat Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) seine Länderkollegen und auch das Wirtschaftsministerium für Donnerstagmorgen zu einem Sondertreffen eingeladen. Dort soll ausgelotet werden, ob es Möglichkeiten für kurzfristige Korrekturen am Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) noch in dieser Legislaturperiode gibt, nachdem die EEG-Umlage zum Jahreswechsel von 3,6 auf 5,3 Cent je Kilowattstunde gestiegen war.

Trotz einzelner Gemeinsamkeiten im Detail gehen die Vorstellungen zur Begrenzung des

Strompreisanstiegs zwischen Regierung und Opposition weit auseinander. Zudem gibt es zwischen Altmaier und FDP-Wirtschaftsminister Philipp Rösler, aber auch zwischen der SPD und den Grünen deutliche Differenzen.

Grünen-Fraktionschef Trittin legte am Dienstag gemeinsam mit der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) ein Neun-Punkte-Programm seiner Partei vor. Bei dessen Umsetzung könnten nach An-

Altanlagen eine Abgabe verlangen. Das lehnen die Grünen unterschieden ab: „Es käme zu einem richtigen Crash“, sagte Lemke. Wegen fehlender Planungssicherheit drohten Insolvenzen und der Verlust von Zehntausenden Jobs.

Überschneidungen zwischen den Positionen von Altmaier und den Grünen gibt es hingegen bei der Einbeziehung des Eigenstromverbrauchs in die EEG-Umlage und der Reduzierung der Ausnahmen für die Industrie. Allerdings will Altmaier den Industrie-Rabatt insgesamt um 500 Millionen Euro deckeln, die Grünen hingegen wollen ihn radikal auf 500 energieintensivste Betriebe beschränken, die im internationalen Wettbewerb stehen und dadurch 1,5 Milliarden Euro sparen.

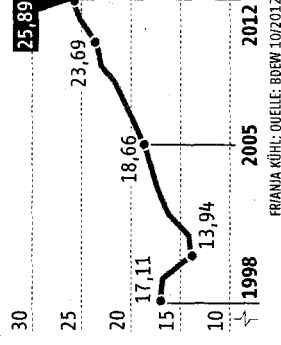
Die SPD wiederum setzt im wesentlichen auf eine Senkung der Stromsteuer und will die Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer an die Stromkunden zurückgeben. „Die Subventionen der Industrie werden durch eine Senkung der Steuern nicht beser“, hielt Trittin dagegen.

Milliarden Euro eingespart werden. Für eine vierköpfige Familie wäre das eine Ersparnis von 35 Euro im Jahr bei den Stromkosten. Dazu sollen vor allem die Ausnahmen für die Industrie von der EEG-Umlage radikal beschnitten, der bislang befreite Eigenstromverbrauch ebenfalls mit der Umlage belegt und die Vergütung an windreichen Standorten gesenkt werden.

Altmaier will vor allem die Förderung neuer Windräder und Solarparks für ein paar Monate aussetzen und von den Betreibern der

Durchschnittlicher Strompreis

für Privathaushalte, in Cent je Kilowattstunde



Minister Altmaier will die Förderung für Windräder aussetzen. DPA

Blechen für die Industrie

Energie-Subventionen werden auf 16 Milliarden Euro steigen – zulasten der Verbraucher

Von Jakob Schlandt

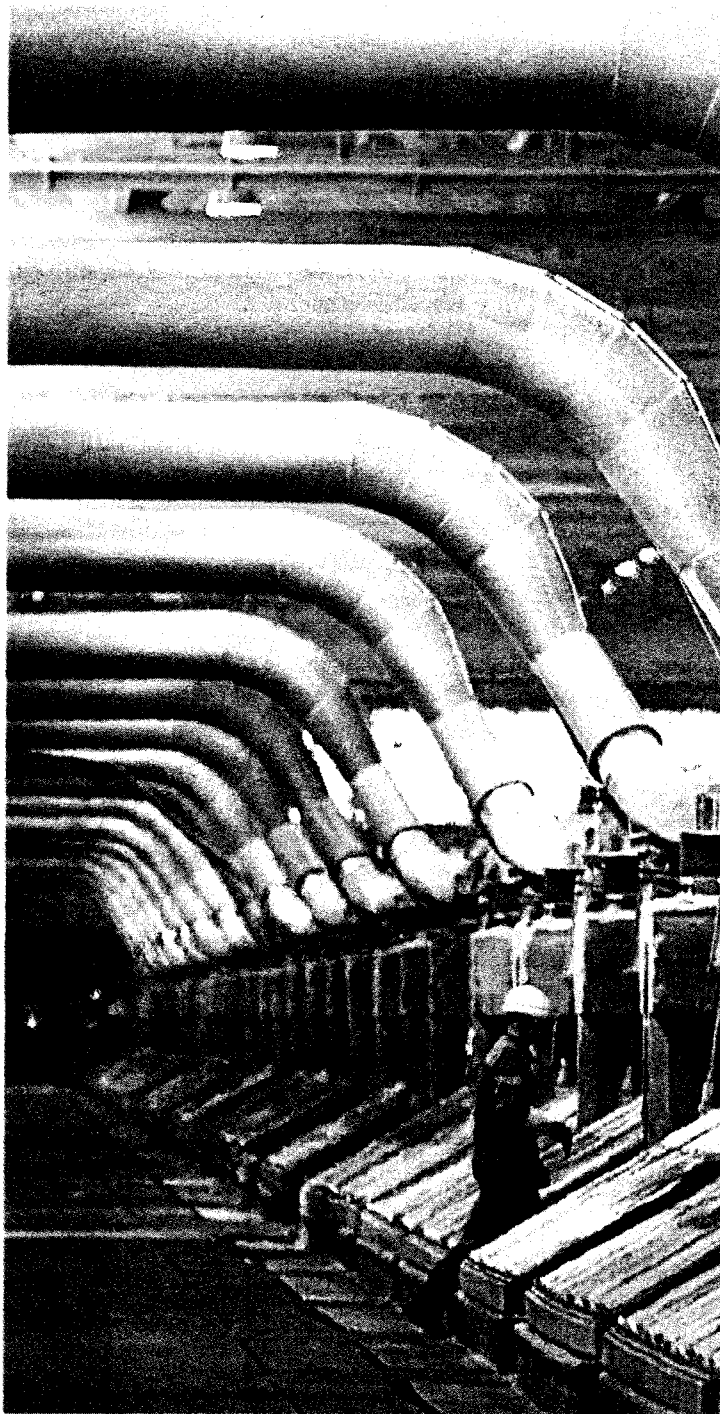
Die deutsche Industrie erhält in diesem Jahr im Bereich der Umwelt- und Energieabgaben 16,2 Milliarden Euro Subventionen auf Kosten der öffentlichen Kassen und der Kleinverbraucher. Dies geht aus einer Studie des Instituts Arepo Consult hervor, die der Frankfurter Rundschau vorliegt. Voriges Jahr hatte Arepo die Subventionen auf knapp zehn Milliarden Euro taxiert, dabei allerdings einige Posten unberücksichtigt gelassen. Angesichts der Diskussion um steigende Strompreise bergen die hohen Subventionen politische Sprengkraft.

Mehr Befreiungen

Laut der Untersuchung im Auftrag der Bundestagsfraktion der Linken wurde insbesondere die Entlastung der Unternehmen von der EEG-Umlage stark ausgeweitet. Mit der Umlage bezahlen die Stromverbraucher die Produktion von Ökostrom. Während die Hürden für die weitgehende Befreiung der Unternehmen von der EEG-Umlage von der Bundesregierung abgesenkt wurden, ist die Umlage für die verbleibenden Stromverbraucher gestiegen.

Im Resultat steigt die Subventionierung der Industrie im Bereich des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) von rund 2,9 Milliarden im vergangenen Jahr auf nun knapp 3,5 Milliarden Euro. Hinzu kommen in der neuen Berechnung rund zwei Milliarden Euro für industrieeigene Kraftwerke – für den selbst erzeugten Strom ist keine Umlage fällig. Die Kosten tragen über eine entsprechend höhere EEG-Umlage alle Kleinverbraucher. Ihre Strompreise liegen in diesem Jahr mehr als zehn Prozent höher als noch im Vorjahr.

Etwa auf 685 Millionen Euro verdoppeln sich im Jahr 2013 die Subventionen durch die (teilwei-



Aluminiumproduktion beim deutschen Marktführer Trimet in Essen: Ohne billigen Strom geht nichts.

DPA/ROLAND WEIHRACH

se) Befreiung der Wirtschaft von Stromnetzentgelten. Neu kommt eine Umlage hinzu, mit der der Ausbau der Leitungen zu Offshore-Windparks finanziert wird. Auch hier muss die Industrie sich kaum beteiligen und erhält so laut Arepo 100 Millionen Euro Subventionen. Mit 3,6 Milliarden Euro wird darüber hinaus die Befreiung von Großkunden von Abgaben an die Gemeinden veranschlagt. Die sogenannte Konzessionsabgabe war in der vorigen Studie nicht berücksichtigt. Weitere 5,1 Milliarden Euro Entlastungen entfallen unverändert auf Befreiungen von der Ökosteuern. Im Handel mit CO₂-Zertifikaten erhalten die Unternehmen 1,1 Milliarden Euro Subventionen, 200 Millionen mehr als 2012.

Kritik an Regierung

Die Regierung hat sich vorige Woche auf Änderungen in der Energiepolitik verständigt. Demnach würden Windmüllern und Energiebauern über 1,2 Milliarden Euro gestrichen. Weniger EEG-Privilegien für energieintensive Unternehmen und Industriekraftwerke sollen zusammen 700 Millionen Euro Ökostromumlage einsparen.

Eva Bulling-Schröter, umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der Linken, kritisierte aufgrund dieses Verhältnisses den Beschluss von Wirtschafts- und Umweltminister: „Rösler und Altmaier setzen über die drastischen Vergütungskürzungen für die Erneuerbaren die Axt ans EEG. Die Industrie bleibt hingegen weitgehend verschont, wie die Zahlen des Gutachtens belegen.“ So werde die Energiewende „an die Wand gefahren“.

Die diversen Subventionen der Industrie deutlich zu reduzieren wäre nach Ansicht der Linken-Abgeordneten ein „echte Sozialpolitik anstatt der Mogelpackung Strompreisbremse“.

Die 1 000 000 000 000-Euro-Drohung

Umweltminister Altmaier rechnet die Kosten der Energiewende hoch

Die Kosten der Energiewende könnten sich nach Angaben von Bundesumweltminister Peter Altmaier auf bis zu eine Billion Euro belaufen – wenn nicht gegengesteuert wird. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wies der CDU-Politiker auf die hohen Ausgaben für die Förderung von Wind- und Solarparks hin.

Die Opposition hält den CDU-Politiker für einen großen Alarmist

„Das alles kann dazu führen, dass sich die Kosten der Energiewende und des Umbaus unserer Energieversorgung bis Ende der 30er-Jah-

re dieses Jahrhunderts auf rund eine Billion Euro summieren könnten“, sagte Altmaier. „Wenn wir nichts dagegen tun, werden wir diese Größenordnung erreichen.“

Die Opposition kritisierte die Aussagen Altmaiers scharf. „Der Bundesumweltminister ist ein großer Alarmist, der ständig mit Blaulicht durch Berlin fährt und vor steigenden Strompreisen warnt“, sagte SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann. Die derzeitige Lage habe die Regierung zu verantworten – erst habe sie zwei Jahre mit der Atomlaufzeitverlängerung zugebracht und dann eine 180-Grad-Wende vollzogen, die starke Nebenwirkungen mit sich bringe.

Der Grünen-Energiepolitiker Hans-Josef Fell sagte: „Mit Horrorzahlen versucht er die Investitionskosten für erneuerbare Energien aufzubauschen, dabei liegen die Kosten für die Beibehaltung des konventionellen Energiesystems mindestens doppelt so hoch.“

Altmaier betonte, ohne Kürzungen bei der Ökostromförderung würden bis 2022 Einspeisevergütungen und Zahlungsverprechen von rund 680 Milliarden Euro auflaufen. Davon seien bis Ende 2012 bereits mehr als 300 Milliarden ausgezahlt oder den Investoren verbindlich zugesichert worden. Allerdings könnten mit der von ihm und Wirtschafts-

minister Philipp Rösler (FDP) vorgeschlagenen Strompreisbremse Ausbauskosten von bis zu 300 Milliarden Euro vermieden werden.

Ein Sprecher Altmaiers wies den Vorwurf zurück, die Zahlen seien unseriös gerechnet. Altmaier betonte, er lege großen Wert darauf, dass die Opposition bei der Strompreisbremse an Bord sei – und zwar unabhängig davon, ob der Bundesrat zustimmen müsse oder nicht. Es gibt aber auch gegen Teile seines Konzepts Widerstand aus den eigenen Reihen: Die CSU will nachträgliche Förderkürzungen für bestehende Anlagen nicht mittragen. Am 15. September wird in Bayern ein neuer Landtag gewählt. (dpa)

Frankfurter Allgemeine Zeitung 21.02.13

Die billigere Energiewende

Studie empfiehlt langsamen Offshore-Ausbau

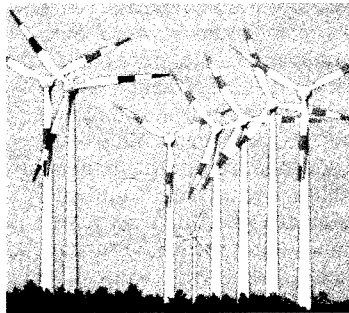
Von Joachim Wille

Kürzlich schockte Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) die Bürger mit der Aussage, die Energiewende könne bis zu einer Billion Euro kosten. Selbst in der eigenen Koalition nannte man das unseriös, es sei eine „Mondzahl“. Dass die Energiewende optimiert werden muss, damit die Kosten nicht aus dem Ruder laufen, ist aber trotzdem unumstritten. Eine neue Studie zeigt nun, dass besonders die bisherigen Pläne zum schnellen Ausbau der Offshore-Windkraft die Wende unnötig teuer machen.

Das zentrale Ergebnis der Studie „Kostenoptimaler Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland“ lautet: In den nächsten zehn Jahren ließen sich rund 20 Milliarden Euro an Investitionskosten einsparen, wenn der Bau der teuren Windkraftanlagen auf dem Meer verlangsamt und stattdessen der Bau von Windrädern an Land beschleunigt wird. Die produzierte Menge von Ökostrom bliebe dabei gleich groß. Dies gilt auch unabhängig davon, ob der Zubau von Windkraftanlagen vorwiegend im windreichen Norden der Republik oder stärker in der Nähe der Ballungsgebiete in der Mitte und im Süden erfolgt.

Die Berechnungen stammen von dem Aachener Beratungsunternehmen Consentec und dem Fraunhofer-Institut für Windenergie und Systemtechnik (Kassel/Bremerhaven). Auftraggeber war der Berliner Thinktank „Agora Energiewende“, der der Umweltbewegung nahesteht. Untersucht wurden verschiedene Ausbaupfade, darunter der von der Bundesregierung verfolgte Plan, die Offshore-Windkraft bis 2020 auf 10 000 Megawatt (MW) auszubauen; Ende 2012 waren freilich erst 208 MW am Netz.

Detailliert verglichen wurden auch zwei realistische Ausbauszenarien für Wind- und Solaranlagen in Deutschland. Das erste



Windkraftanlagen an Land sind kostengünstiger. DPA/PATRICK PLEUL

Szenario orientiert sich an den besten Standorten. Windkraft würde vor allem in Norden und Solarstrom vor allem im sonnenreicheren Süden zugebaut. Im zweiten Modell werden die Anlagen jeweils näher an den Verbrauchszentren errichtet.

Es zeigte sich, dass beide Wege für das Gesamtstromsystem zu ähnlichen Kosten führen. Im Szenario „verbrauchsnaher Ausbau“ müssten insgesamt zwar etwas mehr Wind- und Solaranlagen gebaut werden. Da diese aber zu unterschiedlichen Zeiten Strom produzieren und ihn näher an den Verbrauchsschwerpunkten ins Netz einspeisen, entlasten sie das Stromsystem und müssen deutlich seltener wegen überlasteter Netze gedrosselt werden als die Anlagen im Szenario „bester Standort“. Auch der Ausbau der Stromnetze könnte dann langsamer angegangen werden, was ebenfalls Kosten spart.

Der empfohlene gebremste Offshore-Ausbau hätte zur Folge, dass mehr Windanlagen an Land gebaut werden müssten. Da Offshore sehr teuer ist, ergibt sich laut Studie jedoch „eine erhebliche Kostenersparnis“ – 1,9 bis 2,5 Milliarden pro Jahr. Für einen Ausbau-Stopp plädierten die Experten aber nicht. Die Technologie müsse weiter entwickelt werden, da Offshore-Anlagen große Strommengen in vergleichsweise hoher Verlässlichkeit erzeugen.

Die Angst vor der Flaute

Windmüller erwarten Einbruch ihrer Gewinne

Von Jakob Schlandt

Die Windmüller schlagen schrill Alarm: Die Vorschläge der Regierung zur Reform der Ökostromförderung zerstörten die Windindustrie in Deutschland, behauptete der Bundesverband Windenergie (BWE) am Donnerstag. Milliarden-Investitionen und alle 100 000 Arbeitsplätze der Branche würden gefährdet, sagte BWE-Vizepräsident Andreas Jesse. Der Ausbau der Windenergie käme zum Erliegen. Und ein Vertreter des Windradherstellers Vestas behauptete gar, die Energiewende könne dadurch in Deutschland und weltweit scheitern.

Fraglich ist, ob es tatsächlich so schlimm käme. Denn erstens exportieren die Windradbauer zwei von drei Anlagen ohnehin ins Ausland. Und zweitens würde auch nach dem Modell, das Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) und Umweltminister Peter Altmaier (CDU) vorgeschlagen haben, neue Mühlen an windreichen Standorten in Norddeutschland wohl noch gutes Geld verdienen. Dass die Windkraft dort derzeit zu viele Subventionen erhält, ist unter Experten unstrittig.

Dennoch bietet das Altmaier-Rösler-Papier durchaus berechtigten Anlass zur Sorge. Anlagen an Standorten, an denen weniger Wind weht – vor allem in Süddeutschland –, sind schon jetzt deutlich unrentabler, obwohl es sinnvoll ist, die Windkraft nah an den dortigen Verbrauchern auszubauen, um Transportkosten zu sparen. Die süddeutschen Windmüller würden durch den Regierungsvorschlag stark darunter leiden, dass die Vergütung pro erzeugter Kilowattstunde Strom auf acht Cent abgesenkt und zwei Boni gestrichen werden sollen. Ebenso würde sie treffen, dass es in den ersten fünf Monaten nach Inbetriebnahme keine Förderung geben soll.

Der baden-württembergische Versorger EnBW hatte eine detaillierte Rechnung vorgelegt, nach der der operative Gewinn an einem süddeutschen Standort dadurch um die Hälfte sinken würden – was die Anlage angesichts hoher Investitionskosten unrentabel machen würde.

Der BWE schlägt deshalb vor, noch stärker als im bisherigen System zwischen windstarken und -schwachen Standorten zu unterscheiden und die Vergütung insgesamt etwas zu senken. Auf einen der Boni könne zudem verzichtet werden. Die Einsparungen lägen ähnlich hoch wie beim Regierungsvorschlag. Dies gilt allerdings nur, wenn allgemeine Kürzungen für Ökostrom-Kraftwerke nicht berücksichtigt werden.

FR 15-03-2013

FR
26.03.
2013

Nordex erwartet weiter steigende Aufträge

Der Windkraftanlagenbauer Nordex will dank eines gestiegenen Auftragsbestands im laufenden Geschäftsjahr zulegen. Das Hamburger Unternehmen erwartet ein Umsatzvolumen von 1,2 bis 1,3 Milliarden Euro, wie der Vorstand in Frankfurt am Main mitteilte – nach einem Umsatzsprung von 17 Prozent auf 1,08 Milliarden Euro im Jahr 2012. Nach roten Zahlen im vergangenen Jahr plant Nordex für 2013 wieder mit Gewinn und strebt eine Ebit-Marge von zwei bis drei Prozent an. Das würde ein Ergebnis vor Zinsen und Steuern von 24 bis 39 Millionen Euro bedeuten. (dpa)

Solar-Aktien gar nicht von der Sonne verwöhnt

DSW: Diese Papiere gehören zu den „größten Kapitalvernichtern“

dpa Frankfurt. Erst wurden Solaraktien hochgejubelt, zuletzt waren viele von ihnen keine gute Geldanlage mehr. In einer gestern veröffentlichten Liste der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) zu den „größten Kapitalvernichtern“ unter Deutschlands Unternehmen finden sich mit Solon (Berlin/Platz 1), Q-Cells (Bitterfeld-Wolfen/3), Colexon Energy (Hamburg/4) und Conergy (Hamburg/6) gleich mehrere Solarfirmen auf den vorderen Plätzen. Aber auch die Aktien einiger Banken schnitten bei der DSW-Untersuchung schlecht ab.

Besonders starke Einbrüche des Aktienkurses verzeichnete das Berliner Un-

ternehmen Solon, das mit Solarmodulen und Solartechnik sein Geld verdient. „Solon hat es geschafft, das Kapital seiner Aktionäre fast vollständig zu pulverisieren“, sagte DSW-Hauptgeschäftsführer Ulrich Hocker in Frankfurt. Wer vor fünf Jahren 1000 € in Solon-Papiere setzte, besitze heute noch 90 €.

Ein Grund für den Ansturm auf Aktien der Solar-Branche in früheren Jahren lag auch im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Es garantierte den Betreibern von Sonnenkollektoren Vergütungen, die deutlich über dem Marktpreis lagen. Die Differenz zu den Marktpreisen zahlen alle Stromkunden über eine Umlage. Nach einem Kompromiss wurde diese Subvention angepasst: Deutschlands Solarförderung soll bald um bis zu 24 % sinken. Zudem bekamen vor allem die Hersteller von Solarzellen und -modulen die Billigkonkurrenz aus Asien zu spüren.

Besser lief es dagegen etwa bei SMA Solar aus Nordhessen, der Wechselrichter produziert, mit denen der Gleichstrom aus Solaranlagen in Wechselstrom umgewandelt wird. Dass dennoch insgesamt sechs Solarunternehmen unter den 50 Konzernen auf der DSW-Negativliste stehen, zeige „eindeutig, dass wir es hier mit einer blasenartigen Entwicklung dieser Branche zu tun haben“, sagte Hocker.

Zu den „Kapitalvernichtern“ zählt die DSW auch die Commerzbank (15. Platz), die Postbank (34. Platz) und die Deutsche Bank (48. Platz).

Für die Untersuchung wurden die Aktienkurse von insgesamt 285 Unternehmen in den vergangenen fünf Jahren unter die Lupe genommen. Die Entwicklungen über ein, drei und fünf Jahre wurden unterschiedlich gewichtet, damit langfristige Erfolge kurzfristige Dellen ausgleichen können.



So kritisch wie diese Q-Cells-Mitarbeiterin die Solarmodule in Augenschein nimmt, sollten Anleger eine Investition in Solar-Aktien prüfen. Foto: dpa